

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Bezugspreis beträgt 1,50 RM

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Post 2,50 M., halbjährlich 12,50 M., jährlich 24,00 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachpost Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-L., Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 7. September 1928 Nummer 210

Die Dresdner SPD in der Panzerkreuzerfront

Die SPD-Stadtverordneten stimmen gegen den Volksentscheid / Rösch in einer Front mit Hermann Müller
Der Reichsausschuß für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau gestern abend gegründet

Nun erst recht Volksentscheid

In der gestern abend stattgefundenen Sitzung der Dresdner Stadtverordneten fand folgender Antrag der SPD zur Beschlußfassung:

Kollektum wolle beschließen, seiner Entrüstung über die unerhörte Vergewaltigung von Volksworten durch den Beschluß der Reichsregierung zum

Von des Panzerkreuzers A

zum Ausdruck zu bringen und den gegen die Rüstungspläne der Reichsregierung eingeleiteten Volksentscheid zu unterstützen und die Einwohnerzahl zur zeitigen Beteiligung aufzufordern.

Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher erklärte, daß dieser Antrag nach der Geschäftsordnung eigentlich nicht zulässig sei. Er erwarte, daß er so geändert werde, daß er der Geschäftsordnung entspreche. Die Begründung des Antrages gab Genosse Schrapel. Für die Sozialdemokraten sprach Rösch gegen den Antrag. Der sozialdemokratische Redner gab eine Erklärung ab, in der er die bekannten Mäxchen gegen den Volksentscheid anführte. Die SPD werde allein kämpfen. Der Volksentscheid richte sich gegen die SPD. Diese stehe hinter dem Massenwillen. Die SPD lehne den Antrag der Kommunisten ab. Von der Deutschen Volkspartei erhielten die Sozialdemokraten die Unterstützung des Stadtverordneten Fischer. Dieser erklärte, der Antrag hätte überhaupt nicht zugelassen werden sollen. Es handle sich bei dem Antrag der Kommunisten lediglich um das Bestreben einer Schädigung der sozialdemokratischen Partei. Seine Fraktion habe deswegen keine Verantwortung in der Sache zu übernehmen. Eine feine Einheitsfront. Die Politik der SPD steht unter dem Schutze der Volkspartei.

In der Abstimmung stimmten die Sozialdemokraten mit sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen den Antrag der Kommunisten, auch gegen die Mißbilligung der Reichsregierung. Auch die USP und die Aufwärtler sind selbstverständlich in der Panzerkreuzerfront. Die Haltung der letzteren muß man besonders kennzeichnen, für die betrogenen Späcker haben sie nichts gebracht. Dafür sind sie aber bereit, neue Belastungen durch den Panzerkreuzerbau aufzunehmen.

Die Abstimmung der Sozialdemokraten in der gestrigen Stadineratsversammlung hat eine klare Front geschaffen. Die verlogenen Mandatäre der „linken“ Führer haben sich mit einem Schutze entzogen. Die gesamte SPD steht auf dem Boden der imperialistischen Politik. Senering vertritt in Hamburg, er wolle noch vier Jahre regieren, die Panzerkreuzerangelegenheit sei eine tatsächliche Frage, insbesondere seien auch früher die Panzerkreuzer gebaut worden. Das ist das klare Bekenntnis, daß die Panzerkreuzerpolitik weiter geführt wird. Die Dresdner Abstimmung unterstreicht diese Haltung durch die sogenannten linken sozialdemokratischen Führer. Der gestrige Abend enthielt aber auch,

auf welcher Seite die doppelte Moral und die Demagogie ist. Die sozialdemokratische Partei habe seit ihrem Bestehen neuerdings die Kriegserklärungen gefälscht, erklärte Rösch unter Berufung auf die Parteiprogramme. Die Arbeiter haben aber nicht vergessen, daß die SPD von 1918 bis 1918 den Weltkrieg unterstützte, die Kriegskredite bewilligt, daß sie jetzt dem Reichswahlrat zugestimmt. Die sozialdemokratischen Mitglieder haben sich entschieden gegen den Panzerkreuzerbau gemeldet, erklärte Rösch weiter, sehr richtig, dann aber beruht sich Rösch auf diesen Massenwillen, um den kommunistischen Antrag abzulehnen. Die sozialdemokratischen Führer verdrängen mit meisterhafter Demagogie den Massenwillen in sein Gegenteil. Natürlich lehnte auch in der gestrigen Erklärung der SPD nicht die Feststellung, die KPD wolle die SPD zerlegen. Das ist kein Geheimnis, eine Partei, die

auf der Seite der Imperialisten steht, die die Rüstungen unterstützt und die Arbeiter betrügt, muß bekämpft und zerlegt werden. Darüber ist kein Zweifel.

Die gestrige Abstimmung im Dresdner Stadtverordnetens-Kollektum hat absolute Klarheit für jeden Arbeiter geschaffen. Mit einigen radikalen Phrasen versucht die „linke“ Führerschaft der SPD nach den Glauben anrecht zu erhalten, sie sei gegen den Panzerkreuzerbau, jeder positive Schritt aber, den diese Führer durchzuführen, erweist sich als eine Hilfe für die Imperialisten, als ein Schritt für die Panzerkreuzerpolitik.

Die Massen der Arbeiter sind gegen diese Politik. Sie stehen zu dem Kampf der Kommunistischen Partei. Sie werden durch die Haltung der Sozialdemokraten in der gestrigen Stadineratsversammlung einen neuen Anstoß zum Kampf für den Volksentscheid erhalten.

Nun erst recht, energische Durchführung des Volksentscheids, das wird die Antwort der Arbeiter auf die Haltung der Demagogen und Betrüger sein.

Verfälscher des Marxismus

Von Paul Nerker, Berlin

„Wenn Karl Marx leben würde, so wäre er bei uns und würde heute an Stelle des Herrschen Kappstall die Sozialdemokratie hüten.“ — (Zitat aus dem 13. KAP-St. Kongress)

„Die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie ist der Weg zum Sozialismus, die vermittelte Wirtschaftsdemokratie ist das sozialistische Wirtschaftsziel“, das ist der Leitgedanke in den Ausführungen des bürgerlichen Wirtschaftlers Kappstall auf dem Hamburger Kongress des ADGB.

Der Weg zu diesem Ziele geht über die Arbeit am Staate, die Arbeit im Staate. Der demokratische Staat soll unter Staat sein. Er soll zum sozialen Staat werden, der sich schließlich weiter entwickelt zu einer sozialistischen — organisierten Gesellschaft.“

Wir stehen auf dem Boden der politischen Demokratie die Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft. . . . Wenn wir mit rückhaltloser Klarheit darzulegen versuchen, daß der Weg zum Sozialismus nur schrittweise über eine Demokratisierung der Wirtschaft führen kann, wobei sowohl die Größe der einzelnen Schritte, als auch das Tempo der Gangart von der Energie unseres eigenen Willens abhängig ist, so hat das nicht das geringste mit einer Resignation im Kampf um das Endziel (den Sozialismus) zu tun.“

Diese Ausführungen Töfels und Kappstalls in Breslau und Hamburg geben in konzentrierter Form den Ueberblick über die Theorie, die der 13. Kongress des ADGB zur Grundlage der Gewerkschaftsbewegung gemacht hat.

Der Ruf nach Wirtschaftsdemokratie hat nichts mit irgendwelcher Harmonieidee zu tun. Wir glauben nicht, daß ein irgendeine Frucht kampflös in den Schoß fallen wird. Wir rufen mit dieser Forderung auf zum beharrlichen und verärgerten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Diese Ausführungen, die Kappstall am Schluß seines Referats machte, dienen der Verhüllung des wirklichen Charakters der wirtschaftsdemokratischen Anschauungen. Das ganze Referat ist gewissermaßen von dem Gesichtspunkt der Entwicklung und Förderung demokratischer Illusionen unter den Verhältnissen zur Ablenkung der Arbeiter vom Klassenkampf ausgeht. Jeder Arbeiter muß sich darum die Frage vorlegen, mit welchen Kampfmethoden soll die Wirtschaftsdemokratie erreicht werden? Was sind die einzelnen Etappen der schrittweisen Entwicklung zum Sozialismus?

Die Antwort auf die ihm unangenehmen Fragen gibt Kappstall verhält und verkauflert. Er stellt fest, daß der Aufbruch, die Gemeinshaften — vertreten durch den demokratischen Staat — über die privatkapitalistischen Monopole zu setzen, von der Arbeiterschaft als notwendig erkannt wird. Die Kontrolle des Staates mit besonderen Organen, in denen die Vertreter der Wirtschaft immer gleichberechtigt mit den Vertretern der Gewerkschaften eingeschaltet sind, muß die Handlungsfreiheit der großen wirtschaftlichen Organisationen beschränken unter dem Gesichtspunkte des Gemeinwohls. . . . Die monopolistische Organisation der Wirtschaft entwickelt die Anknüpfung zu einer planmäßigen Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat. . . . Der Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, der hier wie auf den meisten Gebieten sich zugleich als ein wirtschaftlicher und politischer Kampf darstellt, muß neben der Staatskontrolle, auch um die Teilnahme der großen Monopolorganisationen geführt werden.“

Der demokratische Staat ist nach diesen Ausführungen ein Gebilde, das über den vorhandenen Klassen steht und im Interesse des „Allgemeinwohls“ ausgeübt wird. Je mehr Arbeiter der Sozialdemokratie ihre Stimme geben, desto schneller wird der soziale Inhalt des Staates wachsen, desto energischer und entschiedener werden die staatlichen Organe den Druck auf die kapitalistischen Beherrscher der monopolisierten und truifisierten Produktionsmittel entfesseln, um sie zu einer, im Interesse der Gesamtbevölkerung liegenden Leitung der Wirtschaft auf demokratischer Grundlage, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften, zu zwingen.

Die Organe der demokratischen Leitung der Wirtschaft sollen der Reichswirtschaftsrat und die Bezirkswirtschaftsräte sein. Darüber hinaus sollen die Gewerkschaftsvertreter unmittelbar an der Leitung großer Monopolorganisationen beteiligt werden.

Das ist nach der Anschauung der Führer des ADGB der „Kampf um die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“. Gemeinsam mit den Organen des kapitalistischen Ausbeuterstaates, den wir in der bürgerlichen Republik vor uns haben, gemeinsam mit dem teils durch den Druck der Organe dieses Staates und teils durch bessere Einsicht vernünftig geordneter Finanzmagnaten und Industriekritiken soll der Sozialismus schrittweise aufgebaut werden.

Dieser „friedliche“ Weg zum Sozialismus wird niemanden Schaden bringen. Seine Anwendung erübrigt die gewalttätige Befreiung der ausbeuterischen, privaten Beherrscher der Produktionsmittel, wie es Karl Marx und Lenin die Arbeiterschaft gelehrt haben und wie es die russischen Arbeiter durchführten. Auch die Ausbeuter werden als wichtige Glieder der Wirtschaft mit in den Sozialismus der ADGB-Führer hineingewaschen.

Ähnlich wie in der Zeit des großen Krieges als die zwangsweise Rationalisierung der Lebensmittel durchgeführt wurde, nannte ADGB-Führer ausriefen, „überall, ma“

Kampf den Imperialisten

42 Organisationen im Berliner Volksentscheidskomitee — Aufruf der Künstler und Geistesarbeiter

Berlin, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.)

Das vorbereitende Komitee zur Durchführung und Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Panzerkreuzerbau hatte für Donnerstag abend eine Sitzung einberufen, zu der alle am Volksbegehren interessierten Organisationen und Gruppen eingeladen waren. Es waren Vertreter von 42 Organisationen erschienen und 10 weitere haben zunächst schriftlich ihre Teilnahme zugesichert. Im Verlauf der Sitzung wurde der Reichsausschuß für Volksentscheid gegen Panzerkreuzerbau gegründet und zu dessen Vorsitzenden Ledebour und Münzenberg gewählt. Außerdem wurde ein engerer Ausschuß gewählt, in dem Ledebour, Helene Stöcker, Kaimann, Wilhelm Bied, Bruno Rogel, Will Münzenberg und Otto Nagel gewählt wurden.

Die im Reichsausschuß vereinigten Organisationen und Gruppen sind sich darüber klar, daß die Vorarbeiten für das Volksbegehren mit aller Energie sofort in Angriff genommen werden müssen. Der engerer Ausschuß wird einen Sekretär anstellen, ein eigenes Mitteilungsblatt herausgeben, eine Massenbroschüre vorbereiten und einzelne Organisationen werden sofort an die Gründung von Bezirksausschüssen und Arbeitskomitees im Reich herangehen. Man rechnet damit, daß in den nächsten 14 Tagen die Entscheidung des Reichsinnenministeriums über die Zulassung des Volksbegehrens im positiven Sinne vorliegt und daß bereits in der ersten Oktoberhälfte die Eintragungslisten ausliegen werden, so daß sich die gesamte vorbereitende Arbeit des Ausschusses auf einen Zeitraum von 4 Wochen beschränken wird.

Dem Ausschuß sind bisher folgende Organisationen beigetreten:

KPD, USP, JUS, USPD, Bund preussischer Jungfrauen, Gemeinshaft proletarischer Freidenker, Rote Studenten-Gruppe, Gruppe revolutionärer Pazifisten, Interessensvertretung Selbsthilfe, Verband der Mieter und Wohnungsuchenden, Sozialistischer Bund, Reichsbauernbund, Interessengemeinschaft der Relegierten, Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner, Zentralverband der Zimmerer, Zentralverband für blinde Männer und Frauen, Deutscher Blindenbund, Arbeiteradlerführer-Bund Soldatentil, Freie Sozialistische Jugend, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Rote Hilfe Deutschland, Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund, Volkstheater-Bund, Arbeiterverein für Blodemie, Verband der Jungen und Tuberkulose-Erkrankten, Liga gegen koloniale Unterdrückung, Gruppe leiser Menschen, Arbeiterschützen-Bund, Arbeiter-Photographen.

Außerdem hat sich auch das Künstlerkomitee dem Reichsausschuß angeschlossen. Die Künstler und Geistesarbeiter haben einen Aufruf gegen den Panzerkreuzerbau erlassen, der von vielen Hundert unterzeichnet wurde; unter ihnen befinden sich Prof. Albert Einstein, Max Baalaska, Prof. Heinrich Jills, Prof. Wehstein, Prof. Ernst Dert, Heinrich Mann, Franz Bieg, Fritz Werfel, Schwegel, Prof. Ernst Doppler.

Die gestrige Sitzung zeigte, daß ebenso wie beim Künftensentscheid sich eine breite Massenbewegung gegen die Rüstungspolitik des neudeutschen Imperialismus herausbildet.